

MITTELSTAND IMMER MEHR IN ILLEGALITÄT GEDRÄNGT



Mag. Wolfgang Lusak, 1949 in Wien geboren, ist Lobby-Coach und Unternehmensberater

Aktuell macht sich lähmende Verzweiflung im Mittelstand breit: Die Führungskräfte des Mittelstandes fühlen sich immer mehr behindert, gepeinigt, gedemütigt, ja gebrochen. Weil sie ob der zunehmenden Belastungen und Barrieren für ihre klein- und mittelgroßen Betriebe (KMU) keinen Ausweg mehr sehen. Weil sie sich vermehrt gezwungen sehen, Gesetze zu übertreten.

Alleine im Arbeitnehmerschutzgesetz gibt es über 1.000 Paragraphen, die es zu befolgen gilt, z. B. werden dem Mittelstand durch die Karenzvorschriften und Eltern-Teilzeitbeschäftigung mit Rechtsanspruch jede Menge Zusatzkosten sowie interne Besetzungsprobleme geschaffen; müssen Unternehmer innerbetrieblich eine Evaluierung der Arbeit auf psychische Belastung durchführen – eine Art Anleitung zur Burn-out-Diagnose; dürfen wegen Staubgefahr keine Besen und Druckluftreinigung mehr verwendet werden, nur mehr teure Staubsauger.

GUTE MIENE ZU BÖSEM SPIEL

Die unfassbar vielen und komplizierten Vorschriften bei der Betriebsanlagengenehmigung sind auch nie annähernd komplett zu erfüllen. So sind immer umfangreichere Brandschutz-, Fluchtweg- und Abfallkonzepte zu erstellen oder für alle Genehmigungsbereiche eigene Beauftragte im Betrieb zu bestimmen, dafür freizustellen und zu bezahlen. KMUs fühlen sich den juristisch versierten prüfenden Beamten gegenüber stän-

Ob nun die Rücknahme der GmbH-Light-Reform und des Gewinnfreibetrags zurückgenommen wird oder nicht, ist nur ein Randproblem des Mittelstandes. Denn wenn die jetzige Regierung nicht bald generell etwas für das Herz unserer Wirtschaft tut, wird sie sich die einzig nachhaltige Steuerquelle Österreichs zuschütten.

dig unterlegen und ausgeliefert. Sie können nicht wie Großfirmen ihr Einkommen anderswo vorteilhaft versteuern und werden von zu vielen Steuern und Abgaben belastet. Für all die vielen Steuergesetze brauchen sie einen zu bezahlenden Steuerberater, quasi als Anwalt gegenüber dem Finanzamt. Allein sind sie chancenlos.

Oft müssen Mittelstandsbetriebe einen Rechtsanwalt zu Rate ziehen, um alle relevanten Gesetze über Produkthaftung, persönliche Haftungen, Vertragsrechte, Gewährleistungen, Warn- und Hinweispflichten, Insolvenzrecht, Bauordnungen oder Normen erfüllen zu können. Und müssen noch gute Miene zu bösem Spiel machen.

STANDORTNACHTEIL FÜR KLEINE UNTERNEHMER

Ein österreichischer Unternehmer rechnet mir ein Beispiel vor: „Für die Erfüllung nur einer Bestimmung der Grenzwertverordnung für Staub brauche ich von Soll zu Ist bis zu 200 Mitarbeiter-Arbeitsstunden; von diesen Bestimmungen gibt es ca. 30, macht

„DAS SYSTEMATISCHE AUSBEUTEN DES MITTELSTANDES IST NICHT NUR MIT DEM SCHLACHTEN IRGEND EINER MELKKUH ZU VERGLEICHEN. DAS IST DAS WEITGEHEND UNBEACHTETE ZU-TODE-FOLTERN DER EINZIGEN MELKKUH, DIE WIR HABEN!“

Mag. Wolfgang Lusak

also 6.000 Stunden. Und diese Verordnung betrifft nur einen Teil eines Paragraphen im Arbeitnehmerschutzgesetz, also 6.000 Stunden mal 1.000 Paragraphen ...?“

Und so „passieren“ Gesetzesübertretungen irgendwann einmal wie von selbst: Im Druck zwischen Arbeitszeitengesetz, Preisdruck bei der Auftragsvergabe und vernünftiger Zeiteinteilung im Sinne des Kunden (aber auch des Mitarbeiters) werden Stundenaufzeichnungen gefälscht und Schwarzzahlungen vorgenommen; die Reinigung der Räume und Kleidung wird nicht vorschrifts-

mäßig durchgeführt; Beauftragte, Evaluierungen und Prüfungsberichte (zumeist mit Wissen der Mitarbeiter) werden in Berichten „erfunden“, um Zeit für Auftragsbearbeitung zu gewinnen und eine Ruhe zu haben; Kosten werden in die Buchhaltung aufgenommen, die eigentlich privat entstanden sind, um ruinösen zusätzlichen Steuerzahlungen zu entgehen ...

ZU TODE GEFOLTERT

Wer an dieser Stelle „Pfu!“ ruft, hat nicht verstanden, was der eigentliche Skandal dabei ist: Die das Land erhaltenden KMUs werden ausgebeutet, behindert und in die Illegalität gedrängt. Die dem Land oft Steuern und Nachhaltigkeit vorenthaltenden multinationalen Konzerne und Eliten können im Verband mit Globalbanken und einer regelrechten Vermögenserhaltungsindustrie aus Steuerberatern, Rechtsanwälten und Profilobbyisten (die sie alle aus der Portokassa zahlen) ganz legal Gewinne verschieben und Lohndumping betreiben. Sie bekommen überproportional viel Kapital, Förderung und Infrastruktur zuge-

sprochen und werden im Extremfall auch noch auf Staatskosten „gerettet“.

Wenn wir Qualitätsprodukte und Leistungen aus Österreich, wenn wir soliden Umwelt- und Klimaschutz und wenn wir hier und nicht irgendwo anders die Arbeitsplätze haben wollen, dann brauchen wir endlich eine wirklich durchsetzungsstarke Lobby der Mitte. Erster Schritt: Die Regierung sollte einen eigenen Mittelstandsbeauftragten auf Staatssekretär-Ebene einsetzen, der alle Anliegen der KMUs bündelt, ihr Lobbying koordiniert und als Ombudsmann fungiert!